

garantiert dafür, daß die agrarischen Interessen ein ganz gewaltiges Uebergewicht im Reichstage haben, während tatsächlich doch z. B. in einem als landwirtschaftlich, als nicht industriell geltenden Staate wie Bayern bloß 40<sup>0</sup>/<sub>100</sub> der Bevölkerung auf die landwirtschaftliche Bevölkerung entfallen. Und in Preußen wird die Berufsstatistik von 1907 ganz sicher ähnliche Ergebnisse bringen.

Damit komme ich auf den mangelnden Gemeinsinn der Deutschen. Der Herr Referent hat uns den Deutschen nach meinem Geschmack sozusagen mit Recht als einen ganz schrecklichen Spießbürger hingestellt, der sich bloß für seinen Stammtisch und gutes Bier interessiert. Aber ich glaube, die Regierung und auch unsere politischen Parteiführer sind nicht freizusprechen davon, daß die Dinge so liegen, wie sie geschildert wurden. Es wurde uns bei der Schuldentilgung England als nachahmenswertes Beispiel hingestellt; es wurde auch darauf hingewiesen, daß es sich um eine große Aufgabe handle, wo die Parteien die Prinzipienreiterei beiseite legen möchten. Da ist es gerade die Partei, der ich angehöre, die am weitesten geht. Die Demokraten verfolgen nämlich die Erpresser- und Kuhhandelspolitik und sagen: Wir sehen es keineswegs als einen Vorwurf an, wenn man es als Erpresser- und Kuhhandelspolitik betrachtet, wir wollen keine neuen Steuern bewilligt wissen ohne Gewährung neuer Volksrechte; dies allein kann uns die Gewähr bieten, daß mit der Sparsamkeit Ernst gemacht wird, die theoretisch auf dem Papier sehr schön klingt, die aber ein vernünftiger Mensch einem Finanzminister, der einen so überwältigenden Kriegsminister neben sich hat, wohl auch nur theoretisch wird glauben können. Um die Sparsamkeit zu garantieren, müßte nämlich eine direkte Steuer in das Finanzsystem der Vorlage hinein, und da wäre ich damit einverstanden, daß dies die Vermögenssteuer wäre. Daß der politische Gemeinsinn so gering ist, das ist eben Mitschuld der Regierung und auch anderer maßgebender Faktoren. Es ist geradezu tieftraurig, wenn der Oberbürgermeister Kirschner beim Jubiläum der Städteordnung das Verdienst der Gewährung der Städteordnung in einer öffentlichen Versammlung Friedrich Wilhelm III., der sich mit Händen und Füßen gegen seinen Minister Stein gewehrt hat, zuschreibt.

(Unruhe. Rufe: Zur Sache!)

So viel Geschichtskennntnis sollte man einem Manne zutrauen dürfen — —

Vorsitzender:

Das hat wohl mit dieser Frage nichts zu tun, Herr Kollege!

Dr. Cl. Heiß:

Ich meine, es hat sehr viel zu tun mit der Psychologie des Deutschen als eines großen Spießbürgers, wenn er solche Männer zu Oberhäuptern einer industriellen Stadt wie Berlin hat, und wenn die Feier der Städteordnung auch nicht dazu Anlaß gegeben hat, darauf hinzuweisen, wie sie seitdem in hundert Jahren fortwährend